

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Her ausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. f. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,20 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 16.

Berlin, den 21. April 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrsagitiation!

Johann Nonnen ✝

Schon wieder wurde einer unserer Besten durch den unerbittlichen Tod aus unseren Reihen gerissen: Johann Nonnen ist nicht mehr.

Es hat den Anschein, als ob das Schicksal uns jetzt besonders verfolge, denn kaum hat das Grab sich über den Kollegen Göbhardt geschlossen und nun schon wieder dieser neue so schwere Verlust.

Unser Kollege Nonnen hat das 30. Lebensjahr nicht erreicht; am 30. Juni wäre es ihm beschieden gewesen, in dieses Jahr einzutreten. Gott hat es anders gewollt.

Am 14. Juni 1902 trat er als Mitglied in unseren Verband ein; durch seine Rührigkeit wurde er 1903 als Beisitzer, 1904 als erster Schriftführer und im Oktober 1905 als erster Vorsitzender und Lokalbeamter für Dortmund gewählt. Außerdem war er Bezirksleiter der Verwaltungsstelle Dortmund. Er erfreute sich großer Beliebtheit und kannte seine Opferwilligkeit für unsere Sache keine Grenzen.

Kollege Nonnen war vom Hauptvorstand bestimmt, die Bezirksleitung des für uns so wichtigen Bezirkes Bochum anstelle des nach Berlin an die Hauptverwaltung berufenen Kollegen Anton Schmidt zu übernehmen. Nur einen Tag hat er dort wirken können und brach er mitten in der Arbeit zusammen. Eine Lungen- und Rippenfellentzündung riß ihn auf das Krankenlager und raffte ihn innerhalb einer Woche hinweg.

Am dem Tage unserer Generalversammlung nimmt die kühle Erde seine irdische Hülle auf. Noch vor zwei Jahren und an demselben Tage nahm er als Delegierter an der Generalversammlung in Braunschweig teil und half in edler Begeisterung und Aufopferung das zustande bringen, was wir heute sind und haben.

Auch für diesmal war er als Delegierter zur Generalversammlung bestimmt; leider sollte es ihm nicht mehr vergönnt sein, an dem ferneren Ausbau unserer Organisation mitzuwirken und an deren Vorwärtstreben sich erfreuen zu können.

Eine trauernde Witwe mit fünf Kindern stehen am Grabe des ach so früh verstorbenen Gatten und Vaters; mit ihnen trauern tausende christliche Gewerkschaftler um ihren Führer und Mitkämpfer.

Gott hat es in seinem unerforschlichen Ratsschluss anders gewollt, ihm müssen wir uns beugen.

Gedenken wir seiner im Gebete und folgen wir seinem Beispiel in seiner unermüdblichen Hingabe für unsere gute Sache. Dadurch können wir sein Andenken am besten ehren.

Er ruhe in Frieden!

Der Verbandsvorstand.

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands in den Jahren 1905 u. 06.

Mitgliederbewegung.

Donnten wir im Bericht zur vorigen Generalversammlung unserer Freunde über eine ansehnliche Zunahme der Mitgliederzahl. In dieser Beziehung unzufrieden zu sein. In dem großen Aufschwung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist auch unser Verband in erheblichem Maße beteiligt. Ende 1904 zählte er 14 021 Mitglieder, im 4. Quartal 1906 dagegen 38 076. Wir haben also in den beiden Berichtsjahren einen Zuwachs von 24 055 Mitgliedern gleich 171,56 Prozent zu verzeichnen.

Im Jahresdurchschnitt ist die Mitgliederzahl in dieser Zeit von 20 076 auf 33 959 also um 167,89 Prozent gestiegen. In den einzelnen Quartalen war der Mitgliederbestand folgender:

	1904	1905	1906
1. Quartal	8 968	18 558	25 400
2. "	13 416	21 479	35 792
3. "	14 289	20 662	36 628
4. "	14 021	22 089	38 076

Die Aufstellung zeigt, daß der größte Mitgliederzuwachs immer im 1. und 2. Quartal erzielt wird. Die Monate März, April und Mai sind für die Agitation besonders fruchtbar. In dieser Lausache tragen mehrere Umstände bei. Im Frühjahr ist der größte Zustrom von Landarbeitern von den Wohnorten nach den Arbeitsorten (Industriegebieten) zu verzeichnen, und da der Sommer, die Hauptarbeitszeit, vor ihnen liegt, sind sie viel leichter zum Beitritt in die Organisation zu bewegen, wie im Herbst, wo sie schon Heimatssehnsucht haben. Dann aber auch wird im Frühjahr am meisten über bevorstehende Lohnkämpfe gesprochen, und da wollen sich viele vor Ausbruch des Kampfes noch unter das schützende Dach der Organisation retten, um im Falle eines Kampfes nicht unterstützungslos dazustehen.

Von 36 628 Mitgliedern im 3. Quartal 1906 waren dem Beruf nach Maurer 23 580; Bauhilfsarbeiter 7206; Zimmerer 2639; Stuckateure und Putzer 1417; Steinarbeiter 799; Dachbeder 449; Zementarbeiter 284; Fliesenleger 189; 65 gehörten anderen Berufen an.

Ende 1904 zählte der Verband: 10 467 Maurer; 1668 Bauhilfsarbeiter; 672 Stuckateure und Putzer; 651 Zimmerer; 371 Steinarbeiter; 190 Dachbeder; 26 Fliesenleger; 63 Weißbinder; 13 Terrazzo; 2 Maler und 13 angehörige anderer Berufe. Die Weißbinder sind zum christlichen Malerverband übergetreten; die Terrazzo sind diesmal zu den Zementarbeitern gezählt. Wer können also in allen Berufen, die für unsern Verband in Frage kommen, einen ansehnlichen Zuwachs konstatieren. Allerdings gibt es auch in allen Berufen noch viele Unorganisierte. Da in diesem Jahre (1907) eine Berufs- und Gewerbezahlung stattfindet, wird es wohl möglich sein, im nächsten Bericht einen annähernd genauen Prozentsatz der Organisierten und Unorganisierten anzugeben. Die Zahlen der vorigen Berufs-zählung (1895) sind längst überholt.

Geographisch war der Mitgliederbestand in den Jahren 1904 und 1906 wie folgt verteilt:

	1904	1906	Zunahme
Königreich Preußen			
Provinz Ostpreußen	56	1 554	+ 1 498
Westpreußen	800	1 298	+ 498
Brandenburg	902	1 399	+ 497
Pommern	—	68	+ 68
Posen	595	1 107	+ 512
Schlesien	337	1 168	+ 826
Sachsen	49	645	+ 596
Westfalen	4 576	12 038	+ 7 462
Hessen-Nassau	962	1 672	+ 710
Hannover	1 047	2 597	+ 1 550
Rheinprovinz	3 717	10 502	+ 6 785
Königreich Bayern ohne Pfalz	282	1 339	+ 1 057
Königreich Württemberg	22	63	+ 41
Großherzogtümer Baden und Hessen	69	729	+ 660
Die Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen	292	1 413	+ 1 121
Herzogtum Braunschweig und Fürstentümer Lippe und Waldeck	235	402	+ 167
Freie Städte Bremen und Hamburg	70	152	+ 82

Der größte Zuwachs ist also in Westfalen und der Rheinprovinz zu verzeichnen. In diesen beiden Provinzen finden allein über 90 Prozent unserer Verbandsmitglieder ihr Brot. Sehr gering ist der Mitgliederzuwachs in Württemberg. Es fehlt dort immer noch an den nötigen kultivierten Intelligenzen, welche agitatorisch auftreten. Neu eingedrungen ist der Verband in Pommern. Es besteht die Hoffnung, daß er in der nächsten Zeit dort weitere Fortschritte machen wird. Es ist uns noch immer nicht möglich, ihm im Königreich Sachsen einen festen Stützpunkt zu schaffen. Auf der einen Seite steht der sozialdemokratische Terrorismus dort hindernd im Wege und auf der anderen Seite die Fachabteilungsdees, die selbst wenig Eroberungen macht, uns aber doch das Eindringen versperrt. Diese Schwierigkeiten werden uns allerdings nicht veranlassen, weitere Versuche aufzugeben. Wir werden nach wie vor Sorge tragen, daß auch in Sachsen unser Verband an Terrain und Einfluß gewinnt, mag es lange dauern, das Ziel muß erreicht werden.

Erreicht ist, daß es im Westen unseres Vaterlandes gelang, einen großen Teil der in Deutschland arbeitenden holländischen und belgischen Kollegen unserem Verbands beizufügen. Eine genaue Zählung derselben ist bisher nicht erfolgt, was jedoch aber die Zahl der holländischen und belgischen Mitglieder unseres Verbandes auf ungefähr 2000. Die Zahl wäre größer, wenn nicht auch in Holland die Fachabteilungsdees in maßgebender Weise Wurzel gefaßt hätte und damit gegen uns operiert würde. Hoffentlich lassen sich unsere dortigen Mitglieder von keiner Seite irre machen, und folgen mehr der Stimme der Praxis, wie der Theorie. An Rückenstärkung unsererseits soll es nicht fehlen. In den beiden Berichtsjahren hat der Vorstand auch versucht, in Deutschland arbeitende italienische Kollegen für den Verband zu gewinnen. In diesem Zweck hat er mit Unterstützung des Gesamtverbandes, mit dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter gemeinsam einen italienischen Sekretär freigestellt und die Herausgabe eines italienischen Organes unternommen. Da ein gekannter Kollege für den Sekretärposten nicht zu finden war, wurde ein Akademiker Dr. Valente damit betraut. Derselbe hatte auch in kurzer Zeit gute Er-

folge zu verzeichnen. Da aber in Preußen das Sprichwort gilt: „Der Bürger denkt und die Polizei lenkt“, wurde Dr. Valente als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen und dadurch die Agitation unter den Italienern lahmgelegt. Hätte er außerhalb Preußens in Deutschland weiter agitiert, so wäre ihm wahrscheinlich auch der Aufenthalt in den anderen deutschen „Wasserländern“ unterjagt worden. Wäre die Ausweisung nicht erfolgt, so hätte unser Verband heute mindestens 3000 italienische Mitglieder; so sind es nur ungefähr 1000. Nach diesen Erfahrungen hat der Vorstand einen naturalisierten italienischen Kollegen für die Agitation seit Januar 1907 freigestellt, und wir wollen hoffen, daß es diesem gelingt, recht viele seiner Landsleute unserem Verbands beizufügen.

Verwaltungsstellen.

Vielen Kollegen wird es auffallen, wenn sie die Zahl der Mitglieder erfahren, daß die Zahl der Verwaltungsstellen verhältnismäßig klein geblieben ist. Nämlich 1904 fungierten in der Abrechnung 233 Verwaltungsstellen und 1906 trotz des Mitgliederzuwachses von 24 055 nur 380. Das bedeutet durchaus nicht, daß der Verband nur in 147 Orten neu eingeführt ist. Nein, die Zahl der Verbandsorte ist bedeutend größer, sie beläuft sich auf 731. Hauptächlich im letzten Berichtsjahre wurde eine umfangreiche Zentralisation durchgeführt und frühere Verwaltungsstellen in Bezirksstellen umgewandelt. Es gibt nur noch wenige Verwaltungsstellen, die nur einen Ort umfassen, mehrere deren 10—30. Die Zentralisation war und ist aus kassenwirtschaftlichen Gründen und im Interesse von einheitlichem Vorgehen bei Lohnbewegungen und anderen Anlässen unbedingt notwendig. Sie muß überall durchgeführt werden und alle Verufe unseres Verbandes umfassen.

Provinzialbezirke.

Diese Benennung wurde auf dem ersten Verbandstage (1901 Berlin) eingeführt. Sie war nach den damaligen Verhältnissen zutreffend. Die Antragsteller und Teilnehmer der Generalversammlung dachten noch nicht an die Freistellung von Bezirksleitern. Die Entwicklung hat die Bezeichnung Provinzialbezirke hinlänglich gemacht, da sich die Verbandsbezirke aus verschiedenen Gründen nicht immer nach Provinzen abgrenzen lassen. Schon die zweite Generalversammlung (1902 Essen) beschloß, für 3 Bezirke Kollegen freizustellen, welche sich ausschließlich der Verbandsaktivität zu widmen hätten. Bis zur vorigen Generalversammlung waren aus den 3 Bezirken bereits 5 mit 8 freigestellten Kollegen geworden. Der Vorstand hat sich im Laufe der beiden Berichtsjahre genötigt gesehen, das Verbandsgebiet in 17 Bezirke einzuteilen. Sechzehn derselben, Ostpreußen, Westpreußen, Posen-Schlesien, Oberschlesien, Nordböhmen, Südböhmen, Baden-Württemberg, Pfalz und an der Saar, Mitteldeutschland, Sdin, Niederrhein, Bochum, Münster, Hagen und Hannover werden von freigestellten Kollegen geleitet; einer, Brandenburg-Pommern, ist noch ohne freigestellten Leiter. Diese Teilung und die Freistellung von Bezirksleitern war notwendig, einmal, um die Agitation intensiver zu gestalten, dann aber auch, um den verschiedenen Verwaltungsstellen die Möglichkeit zu geben, bei Lohnbewegungen und anderen wichtigen Angelegenheiten eine Persönlichkeit zu Rate ziehen zu können. Könnten wir den Wünschen der Mitglieder in dieser Beziehung vollauf Rechnung tragen, müßten wir mindestens 30 Bezirksleiter freistellen. Aus finanziellen Gründen muß es vorläufig bei den 17 Bezirken bleiben.

Mit der vor 2 Jahren getroffenen Einrichtung für die einzelnen Berufe besondere Sekretäre freizustellen, mußte geordnet werden, weil sie sich nicht bewährte. Es kam häufig vor, daß 2 oder 3 Stellvertreter zu derselben Zeit oder kurz nacheinander in ein und denselben Ort agitierten; bei einer bei den Maurern, bei anderer bei den Stukkateuren, der dritte bei den Zimmerern. Dasselbe kann erreicht werden, wenn sich einer um alle Berufe bemüht und dann kostet es nicht so viel, als wenn drei hinfahren. Dieser Umstand wäre durch gegenseitige Verständigung ja zu verhindern gewesen. Wir mußten aber die Erfahrung machen, daß die Einrichtung auch in anderer Beziehung nicht verbandsfördernd wirkte. Die Mitglieder der verschiedenen Berufsvereine schlossen sich gegenseitig ab. Die Stukkateure wollten nur noch ihren Berufssekretär in ihren Versammlungen hören, die Zimmerer nur dem ihren folgen und die Maurer klammerten sich um die anderen Berufe wenig, da diese ja ihre besonderen Sekretäre hatten. Da man zudem in verschiedenen Orten des engeren Mithrasgebietes dazu übergegangen war, Sozialbeamte freizustellen, und der Zentralvorstand aus dem Sauer- und Münsterlande gebildet wurde, dort auch Beamte anzustellen, ordnete er die Überleitung des Kollegen Klüsschen nach Hagen und des Kollegen Humbröck nach Münster an. Jetzt ist jeder Bezirksleiter verpflichtet, für alle Berufe zu wirken, und es geht auch ganz gut. Im großen und ganzen hat sich die Freistellung von Bezirksleitern gut bewährt, was ja auch der Mitgliederzuwachs zeigt.

Statistik

ber Mitglieder immer noch eine sehr große. Im Jahre 1905 sind 973 Mitglieder aus anderen Organisationen übergetreten und 21.809 neu aufgenommen worden und doch betrug der absolute Zuwachs nur 8068. Der Abgang durch Tod bezifferte sich auf 68, zum Militär eingezogen wurden 453; 38 sind als ausgeschlossen gemeldet worden. Mithras haben 14.155 Mitglieder in einem Jahre dem Verbande wieder den Rücken gekehrt. 1906 wurden mit 1435 aus anderen Organisationen übergetretenen Kollegen 31.573 Mitglieder in den Verband aufgenommen. Gestorben sind 108, zum Militär eingezogen wurden 774, ausgeschlossen 78 Mitglieder. In diesem Jahre sind also 15.987 Mitglieder ausgetreten resp. mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Der absolute Zuwachs betrug also 15.987 Mitglieder. Während 1905 der Abgang ziemlich 1/3 der gewonnenen Mitglieder ausmachte, bezifferte er sich 1906 nur auf die Hälfte, also eine Wendung zur Besserung. Die über große Fluktuation im Jahre 1905 erklärt sich zum Teil aus dem Umstande, daß durch die Ausperrung im Ruhrgebiet an 4000 Mitglieder in alle Winde zerstreut und in anderen Orten zum großen Teil zum Beitritt in andere Organisationen gezwungen wurden. Immerhin gibt die Tatsache, daß in den beiden Jahren gegen 29.000 Mitglieder dem Verbande wieder verloren gegangen sind, zum Nachdenken Anlaß und haben unsere Verbandsfunktionäre alle Ursache, in Zukunft mehr Gewicht auf die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder zu legen wie bisher.

Statistik der Unfallversicherung von 1905.

Die Ausgaben der Berufsgenossenschaften sehen sich zusammen aus Entschädigungen der aus den Unfällen entstehenden Folgen, der Kosten des Rechtsganges, der Unfallverwaltung und der Verwaltung, sowie der Entlagen in den Reservefonds. Die Gesamtausgaben der einzelnen Berufsgenossenschaften betragen:

Hambg. Baugewerks.-V.G.	1.290.603,64
Nordöstl. Baugewerks.-V.G.	4.473.989,27
Schlesisch-Posenische Baugewerks.-V.G.	1.878.518,08
Saarnob. Baugewerks.-V.G.	1.406.326,09
Magdeb. Baugewerks.-V.G.	839.358,40
Sächsisch. Baugewerks.-V.G.	2.026.408,00
Thüringische Baugewerks.-V.G.	551.016,36
Hessen-Nassauische Baugewerks.-V.G.	1.804.315,71
Rhein-Westfälische Baugewerks.-V.G.	3.131.454,05
Württembergische Baugewerks.-V.G.	724.833,24
Bayerische Baugewerks.-V.G.	2.547.335,70
Südwestliche Baugewerks.-V.G.	1.227.763,20
Tiefbau-V.G.	3.110.547,92

Bezüglich der Ausgabenabweise kommen wir zunächst zu den Verwaltungsstellen. Dieselben setzen sich zusammen aus Beamten, Heizerinnen und Tagelöhner, Gehälter usw. der Beamten, der Genossenschaftsvorstände, Delegierten und Vertrauensmänner. Ferner Personen und Unterhaltungen ausgeschiedener Beamten oder deren Hinterbliebenen, Mieten und Instandhaltung der Büros und Geschäftsräume, Anschaffung und Instandhaltung des Inventars, Injektions- und Publikationskosten, sowie Porto und Depeschen.

Die laufenden Ausgabenabweise der Heizerkosten, Tagelöhner, Gehälter etc. ergeben auf die einzelnen Berufsgenossenschaften:

Berufsgenossenschaft	Beamtungen, Heizerkosten und Tagelöhner, Gehälter usw. (abzüglich der Beiträge der Mitglieder)	Beamtungen, Heizerkosten und Tagelöhner, Gehälter usw. (abzüglich der Beiträge der Mitglieder)	Beamtungen, Heizerkosten und Tagelöhner, Gehälter usw. (abzüglich der Beiträge der Mitglieder)
Hambg.	6086,49	9391,65	1233,68
Nordöstl.	10678,84	20820,71	12060,24
Schles.-Pos.	9039,40	9781,00	1886,97
Saarnob.	10156,91	10908,56	352,65
Magdeburg.	4540,80	7194,40	1906,00
Sächsische.	6728,64	15116,15	1626,42
Thüringische.	4638,96	3183,60	677,50
Hess.-Nass.	5382,84	8337,15	1678,97
Rhein-Westf.	6038,06	12603,95	2247,61
Württemberg.	4942,00	—	1743,99
Bayerische.	6647,18	—	4890,10
Südwestliche.	4560,48	6943,10	2628,43
Tiefbau.	3006,50	—	1642,30

Die Gesamt-Verwaltungsausgaben betragen 2.035.187,07 Mk., dazu haben:

Hamburg Baugewerks.-V.G.	124.759,96
Nordöstliche Baugewerks.-V.G.	373.501,92
Schlesisch-Posenische Baugewerks.-V.G.	123.094,09
Saarnob. Baugewerks.-V.G.	147.279,30
Magdeburg Baugewerks.-V.G.	101.049,86
Sächsische Baugewerks.-V.G.	183.958,93
Thüringische Baugewerks.-V.G.	48.645,80
Hessen-Nass. Baugewerks.-V.G.	126.286,61
Rhein-Westf. Baugewerks.-V.G.	206.133,92
Württemberg. Baugewerks.-V.G.	66.433,31
Bayerische Baugewerks.-V.G.	149.612,01
Südwestl. Baugewerks.-V.G.	82.683,56
Tiefbau-V.G.	236.958,41

In laufenden Verwaltungskosten entfallen durchschnittlich im Jahresverlauf 1906:

Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1905		1904		auf 1000 Mtl. der Bevölkerung
	anf. 1. 1. 1905	anf. 1. 1. 1904	anf. 1. 1. 1904	anf. 1. 1. 1903	
Hamburg. Baugewerks.-V.G.	1,53	2,08	1,70	9,96	86,19
Nordöstliche Baugewerks.-V.G.	1,48	2,04	1,62	16,78	29,46
Schlesisch-Posenische Baugewerks.-V.G.	1,02	1,89	1,67	14,99	28,87
Saarnob. Baugewerks.-V.G.	1,31	1,78	1,78	9,29	45,70
Magdeburg. Baugewerks.-V.G.	1,72	2,68	2,61	15,42	48,38
Sächsische Baugewerks.-V.G.	1,37	1,88	1,80	14,18	36,78
Thüringische Baugewerks.-V.G.	1,01	1,88	1,65	9,02	31,57
Hessen-Nass. Baugewerks.-V.G.	1,24	1,68	1,69	8,62	31,55
Rhein-Westf. Baugewerks.-V.G.	0,92	1,26	1,16	8,23	27,84
Württemberg. Baugewerks.-V.G.	1,24	1,94	1,92	6,88	44,04
Bayerische Baugewerks.-V.G.	1,40	1,91	2,18	10,44	27,05
Südwestliche Baugewerks.-V.G.	1,08	1,45	1,31	6,87	23,88
Tiefbau-V.G.	1,04	1,82	1,71	15,84	22,01

Die höchsten Verwaltungskosten hat demnach die Magdeburgische Berufsgenossenschaft. Die Entlagen in den Reservefonds betragen bei der Hamburgischen Berufsgenossenschaft 250.058,63 Mtl.; Nordöstliche 427.390,80 Mtl.; Schlesisch-Posenische 214.668,82 Mtl.; Saarnobische 191.937,41 Mtl.; Magdeburgische 160.461,65 Mtl.; Sächsische 282.259,45 Mtl.; Thüringische 74.769,16 Mtl.; Hessen-Nassauische 179.139,15 Mtl.; Rhein-Westfälische 494.624,97 Mtl.; Württembergische 104.003,18 Mtl.; Bayerische 437.958,78 Mtl.; Südwestliche 169.659,72 Mtl.; Tiefbau-Berufsgenossenschaft —. Damit sind die Verwaltungsausgaben im wesentlichen erschöpft.

Wir kommen nun zu den Ausgaben bezüglich der Unfallverhütung. Dieselben betragen:

Berufsgenossenschaften	Ueberwachung der Betriebe	Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften	Rettung von Unfällen	Zusammen
Hambg. Baugewerks.-V.G.	25.972,44	8,80	824,87	26.806,61
Nordöstl. Baugew.-V.G.	50.592,25	—	8.614,27	59.206,52
Schles.-Posenische Baugewerks.-V.G.	16.706,09	—	—	16.706,09
Saarnob. Baugew.-V.G.	22.947,16	1.401,52	—	24.348,68
Magdeb. Baugew.-V.G.	12.542,33	476,00	—	13.018,33
Sächsische Baugew.-V.G.	28.888,60	44,23	175,20	29.088,03
Thüring. Baugew.-V.G.	10.291,93	69,50	—	10.361,43
Hessen-Nassauische Baugewerks.-V.G.	29.420,55	—	50,00	29.470,55
Rheinisch-Westfal. Baugewerks.-V.G.	40.429,64	—	—	40.429,64
Württembergische Baugewerks.-V.G.	11.871,02	80,19	—	11.951,21
Bayerische Baugew.-V.G.	43.287,11	64,75	2.875,00	46.066,86
Südwestl. Baugew.-V.G.	22.201,01	—	500,00	22.701,01
Tiefbau-V.G.	69.145,44	—	6,00	69.151,44
Gesamtsumme	429.025,28	—	—	429.025,28

Danach entfällt auf einen versicherten Betrieb eine jährliche Ausgabe von 2,47 Mtl., auf einen durchschnittlich versicherten 0,27 Mtl. und auf einen Kollarbeiter 0,59 Mtl. Aus dieser sehr minimalen Ausgabe ist zu erkennen, daß bezüglich der Unfallverhütung noch viel zu wenig geschieht. Das ergibt sich auch aus der Zahl der technischen Angestellten, obwohl dieselbe sich gegen das Vorjahr wieder um einige vermehrt hat. Die Gesamtzahl derselben beträgt 192 gegen 86 in 1904. Auf die einzelnen Berufsgenossenschaften entfallen:

Berufsgenossenschaften	Technische Aufsichtsbearbeiter	Betriebe entfallen auf einen Beamten	Durchschnittliche Person entfallen auf einen Beamten	Kollarbeiter entfallen auf einen Beamten
Hamburgische	6 (8)	1.869	12.208	8.958
Nordöstliche	21 (18)	1.028	11.421	8.554
Schlesisch-Posenische	5 (5)	1.616	23.496	17.458
Saarnobische	5 (5)	2.858	20.026	14.686
Magdeburgische	3 (3)	2.138	19.145	12.768
Sächsische	8 (8)	1.492	14.478	11.564
Thüringische	2 (2)	2.612	20.545	17.732
Hessen-Nassauische	8 (8)	1.764	10.958	9.321
Rheinisch-Westfälische	9 (8)	2.757	22.531	18.145
Württembergische	2	4.652	19.715	16.524
Bayerische	9 (9)	1.485	10.877	7.991
Südwestliche	6 (6)	2.000	12.311	9.236
Tiefbau-V.G.	3 (3)	2.050	30.719	17.638

Die Nordöstliche Berufsgenossenschaft steht somit mit 1028 auf einen Beamten entfallenden Betrieben am niedrigsten, und die Württembergische mit 4652 an höchster Stelle. Durchschnittlich entfallen auf einen Beamten 1877 Betriebe mit 11.609 Kollararbeitern. In Betracht muß hierbei gezogen werden das weite Ausdehnungsgebiet einer Berufsgenossenschaft, die oft zahlreichen Arbeitsstellen eines einzigen Betriebes und deren räumliche Ausdehnung. Deutlicher kann die absolute Ungleichheit der heutigen Baukontrolle seitens der Berufsgenossenschaften wohl nicht illustriert werden.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands

Hieß es der Woche vom 1. bis 7. April in Köln a. Rh. seine 9. Generalversammlung ab. In derselben waren der Vorsitzende des freien Stukkateurenverbandes, sowie der freien Bauhilfsarbeitervereine.

Nach dem erstatteten Geschäftsbericht schloß der Zentralverband der Maurer am Schluß des III. Quartals 1906 606 Mitglieder. Im Jahresverlauf stieg die Mitgliederzahl um 27.626. Die Zahl der Zweigvereine betrug am Jahresschluß 1022, in fast 20.000 Orten ist der Verband vertreten.

Die Gesamtentnahmen betragen 3.225.579,24 Mtl., davon 3.225.579,24 Mtl. Mitgliedsbeiträge. Die Ausgaben betragen 2.939.844,93 Mtl., das Verlangen in der Hauptkasse betrug 2.414.320,88 Mtl. in den Ein- und Vorkassen 1.149.850,96 Mtl. Auf jedes Mitglied entfällt somit der Betrag von 19,42 Mtl. Der Mitgliedsbeitrag betrug 17,57 Mtl., das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 0,56 Mtl.

Gegenüber dem Vorjahr wurde an dem „Grundstein“ gegen seinerseits mit dem „Vorwärts“ gebildet, aber schließlich seine Existenz gegen drei Stimmen gütlich gelassen.

Das beschlossene Ende des Jahres ist hervorzuheben, daß eine Erhöhung der Beiträge infolge beschlossen

worben ist, als zwei neue Beitragsklassen von 70 und 75 geschaffen wurden.

Hinsichtlich der großen Zahl der im Jahre 1908 ablaufenden Tarifverträge und der daraus resultierenden Gefahr eines ungewollten Opfern verbundenen Hiefenkampfes, wurde zwar bei der Erhebung eines Ertragsbeitrages abgesehen, dagegen geschlossen: Der Verbandsvorstand ist in Verbindung mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden verpflichtet, um außergewöhnlichen Verhältnissen Ertragsbeiträge auszusprechen, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind.

Die bestehenden Unterrichtsbeiträge bleiben gleich, nur wurde der Bezug der Krankenunterstützung von 12 auf 25 Wochen ausgedehnt, sowie die Wanderunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mtl., und im Höchstbetrag von 30 auf 40 erhöht.

Für Ausbildung von Mitgliedern durch gewerkschaftliche Unterrichtskurse wurde bestimmt, daß jährlich etwa 50 Mitglieder, welche durch den Hauptvorstand ausgewählt werden an solchen Kursen teilnehmen sollen.

Ueber Arbeit reservierte anstelle Porphyr, Silberstein, Berlin. Eine bestimmte Stellung, für oder gegen dieselbe wurde nicht eingenommen; lediglich nur, die Verbandsfunktionäre zu energischer Aufklärungsarbeit zu verpflichten. Bezüglich des Beihilfsvereins wurde den Zweigvereinen empfohlen, die unterbreiteten Mittel zur Abstellung der Mittelände innerhalb derselben zu verwenden.

Ein breiter Raum der Debatte nahm der Antrag des Zentralverbandes der Maurer, ein. Eine Anzahl Delegierter stürzte sich gegen die Verschmelzung. Der Zentralvorstand des freien Stukkateurenverbandes führte zu dieser Frage u. a. aus, daß es entschieden zurückweisen müsse, daß davon geredet werden dürfte der Stukkateurenverband wolle oder müsse sich unter dem Flügel der Maurer stellen; das sei nicht der Fall, denn der Stukkateurenverband habe bewiesen, daß er leistungsfähig sei. Noch vor einem Jahrzehnt wäre die Frage der Verschmelzung in einem ganz anderen Sinne aufgefaßt worden als heute. Der Meinung, es sei unter den Stukkateuren ein gewisser Stillsitz, der einer Vereinigung hinderlich sei, müsse er entgegen treten. Wohl sei nicht zu leugnen, daß auch einzelne Stukkateure mit einer gewissen Mißachtung auf die schlechter bezahlten Arbeiter anderer Berufe herabsahen, aber derartige Leute es in jedem Berufe.

Die Verschmelzung wurde sodann mit allen gegen die Stimmen beschloffen.

Ein Antrag auf Verschmelzung des freien Hilfsarbeiterverbandes wurde abgelehnt. Nach dem „Vorwärts“ führte der Vorsitzende des freien Bauhilfsarbeiterverbandes betr. diese Frage folgendes aus:

„Die jüngste Vergangenheit lehre, daß mit den alten Organisationen gebrochen werden müsse. Die Bauarbeiter hätten seit 18 Jahren auf eine Verschmelzung mit dem Maurerverband hingewirkt. Die alten Ablehnungsgründe könnten ernstlich heute nicht mehr in Frage kommen. Die Bauarbeiter hätten finanziell im Verhältnis mehr zahlen müssen, als die Maurer. Daß die Bauarbeiterorganisation in der Entwicklung zurückgeblieben, daran seien die Maurer nicht ganz schuldlos. Wenn Barmberg geraten habe, im Bauernberufe die Dreiteilung bestehen zu lassen, so müßten die Delegierten in diesem Punkte ihren Führer doch nicht folgen, denn die Zeit erfordere gebieterisch die geschlossene Phalanx aller Bauarbeiter gegenüber dem Unternehmertum. Zu behauern sei, daß verhältnismäßig bei gemeinsamen Kämpfen die Bauarbeiter von den Maurern „bei Seite geschoben“ seien. Von 154.000 neuen Mitgliedern der letzten Jahre seien nur 45.000 geblieben. Würden die Maurer für gemeinsame Arbeit mehr Sympathie zeigen, so würde weitens noch die Hälfte der Abtrünnigen in der Organisation geblieben sein. Barmberg führte dann noch weiter: „Schwere über unsoldatisches Handeln seitens eines Gauleiters der Maurer gegenüber den Bauarbeitern und ersucht um Abstimmung des Verbandstages zu der gemeinsamen Organisation aller Arbeiter im Bauernberufe.“

Schwarz-Danzig erwiderte nach dem gleichen Organ: „Die Verschmelzungsfrage sei nicht nur bei den Bauarbeitern sondern auch bei den Maurern vor langen Jahren erörtert. So lange die Organisationen kein waren, habe jede nach der Grundfrage handeln müssen: „Ist du Gottes Sohn, so bleibe dir selbst“; heute lägen nun wohl die Verhältnisse anders, aber für den Anschluß der Bauarbeiter sei er zurzeit noch nicht bereit er vertrete sich nicht gerne einem Gespann an, wenn er selbst daß der Deutscher die Pferde nicht zügeln könne und das Gespann einem Abgrunde zufahre.“

Da die freien Dachbeder schon früher den gleichen Antrag gestellt haben, wurde ihnen anhelngestellt, den Antrag zu wiederholen.

Die Gehälterfrage der Verbandsbeamten wurde ebenfalls neu geregelt, und zwar dahingehend, daß Beamte des Zentralverbandes 2400 Mtl. Anfangsgehalt, steigend bis zu 3000 Mtl. erhalten; die Gauvorsitzenden 2200 Mtl. steigend bis zu 2600 Mtl. die Ortsbeamten 2000 Mtl. Anfangsgehalt steigend bis 2600 Mtl. in Orten wo der Stundenlohn unter 50 Pf. steht, 1800 Mtl. Ferner sei bei besonderen Verhältnissen 150 bis 300 Mtl. Mehrschädigung gewährt werden. Außerdem wurden für die ersten Vorsitzenden, ersten Kassierer, sowie ersten Redakteure 300 Mtl. Repräsentationsgelder festgesetzt.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, ferner Silberstein als Stellvertreter Barmbergs für äußere Verbandsangelegenheiten bestimmt.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, den Stand der gemeinsamen Organisation genau zu beachten. Möge er ihnen eine Mahnung zu eifriger Arbeit und erstem Vorwärtstreben sein, damit auch wir bald die gleiche Position erringen. Unmöglich ist es nicht.

Rundschau.

Der VII. Volkswirtschaftliche Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen findet in der Zeit vom 3. Juni bis 10. August in M. Glabach statt. Die Vorträge beginnen am Freitag, den 4. Juni, vormittags, und schließen am Freitag, den 9. August. Der Kursus dauert also 10 Wochen. In denselben werden ungefähr folgende Gegenstände behandelt werden:

1. Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, Organisation und Aufgaben der Versicherungs- und Arbeiterkassen.
2. Die Entwicklung der Volkswirtschaft im allgemeinen und der deutschen Volkswirtschaft im besonderen.
3. Grundzüge der Handwerkerfrage.
4. Grundzüge der Agrarfrage, Landarbeiterfrage.
5. Entwicklung und Grundzüge der Arbeiterfrage und die Forderungen zu ihrer Lösung. Ausführlich werden behandelt die Theorie des geschlossenen Arbeitsmarktes (keine Auswanderung, keine Lohnsenkung, keine Konkurrenz, keine Konkurrenz, keine Konkurrenz).
6. Das Genossenschaftswesen.
7. Sozialismus.
8. Die Organisation der Unternehmen (Arbeitgeberverbände, Kartelle).
9. Die Verfassung des Deutschen Reiches und der wichtigsten Einzelstaaten.
10. Das wichtigste aus der Steuerlehre.

Kommunale Sozialpolitik.
 Ausgewählte Kapitel aus der Wohlfahrtspflege.
 Bezüglich der gestellten Bedingungen an der Teilnahme Kurzus haben wir hervor, daß eine gesunde Körperkonstitution, Schulbildung, richtig orthographisches, sowie gewandtes Schreiben, eine natürliche Redegabe, verlangt wird. Ferner sollen Teilnehmer schon irgendwie in selbstloser und opferlicher Weise in der Arbeiterbewegung betätigt haben, gute Charaktereigenschaften, wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, und jene Vorkenntnisse besitzen, welche eine spätere erfolgreiche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung garantieren; also hingebende, freiwillige Dienste zur ununterbrochenen Arbeit an der Hebung des Arbeiterstandes, Uneigennützigkeit, Bereitwilligkeit auch außerordentliche Mühen und Anstrengungen auf sich zu nehmen, Trägheit, Mäßigung im Ausstreuen, die verhindert, daß verlässliche Konflikte mit den Arbeitskollegen entstehen, wodurch Betreffende sich in der Arbeiterschaft unmöglich machen würde. Selbstverständlich muß der Kandidat einen makellosen Lebenswandel aufweisen und die sichere Gewähr bieten, daß sich dieselben auch in Zukunft beschließen.
 Gebühren für die Teilnahme am Kurzus werden nicht erhoben. Kosten entstehen also den Teilnehmern nur durch die Ausgaben für Kost und Logis (60-65 Mk pro Monat für Arbeiter), ferner durch Taschengeld, Anschaffung von Lehrbüchern, Schreibmaterialien (ca. 15 Mk pro Monat). Hinzukommt ausfallende Arbeitslohn.
 Anmeldungen zum Kurzus möge man spätestens bis zum 1. Mai an Direktor Dr. S. Brauns, M. Glabach richten. Der Anmeldung ist beizufügen:
 Ein kurzer, selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf; darin ist insbesondere anzugeben, in welchen Berufen und wo man tätig gewesen ist, seit wann und in welcher Gewerkschaft man organisiert ist, in welchen katholischen Vereinen man Mitglied war und wie man sich in der organisierten und agitativen Kleinarbeit betätigt hat; ein ärztliches Gesundheitsattest;
 Sind solche Personen namhaft zu machen, bei denen die Zentralkasse über Charakter und Fähigkeiten der sich Meldenden Erkundigungen einziehen kann;
 Ist der Nachweis zu erbringen, daß die notwendigen Mittel zur Deckung der entstehenden Unkosten vorhanden sind und in Glabach deponiert werden können. Dieser Nachweis kann durch Mitglieder zahlungsfähiger Korporationen oder Privatier ersetzt werden. Solche Bürgerklärungen müssen genau den Betrag angeben, für den der Bürger evtl. aufzukommen resp. den er zu den Kosten beizutragen bereit ist.
 Die Kurzusleitung behält sich vor, in den ersten Wochen Kurzus definitiv darüber zu entscheiden, ob die Beteiligung zu seinem Schluß angezeigt erscheint.

Evangelische Arbeitervereine und Christliche Gewerkschaften.
 Eine am 24. März in Essen stattgehabte Konferenz von 12 evangelischen Arbeitervereine und evangelischen Mitarbeitern der christlichen Gewerkschaften (vertreten waren an Ort und Stelle durch 400 Delegierte) nahm einstimmig nachstehende Entschlüsse an:
 Die heute im Evangelischen Vereinshaus zu Essen (Ruhr) abgehaltene Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands hält es im Interesse der Arbeiterbewegung des Vaterlandes für notwendig, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung sich kraftvoll weiterentwickelt. Im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Lebens liegt es, die konfessionellen Gegensätze nicht zu vertiefen, sondern allen Versuchen und Maßnahmen, die geeignet sind, die konfessionellen Gegensätze auch in die Arbeiterbewegung einzutragen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Ferner ist es im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die evangelische Arbeiterbewegung in noch weit größerem Maße bisher in die christlichen Gewerkschaften einzutreten, und daß die evangelischen Arbeitervereine eine klare und blinde Stellung einnehmen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, sich in den christlichen Gewerkschaften zu organisieren. Zu beklagen ist, daß noch heute verschiedene evangelische Arbeitervereine Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihrer Mitte haben, wodurch die Gefahr vorliegt, daß sie innerhalb der christlichen Gewerkschaften in ihrer Mitte die christliche Arbeiterbewegung anzureichern, für außerordentlich bedauerlich. Des weiteren beruht die Konferenz auf das Entschiedenste die Versuche, „nationale Gewerkschaften“ ins Leben zu rufen, um dadurch die christliche Gewerkschaftsbewegung evangelischer Arbeiterkreise zu hemmen, und bezeichnet diese Versuche als solche, die nicht im wohlverstandenen vaterländischen Interesse liegen. In Erwägung des Befragten fordert die Konferenz im Einklang mit dem verdienstvollen Vorsitzenden des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, Hrn. Pfarrer Weber, alle evangelischen Arbeitervereinsmitglieder, soweit Arbeiter sind, auf, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften ist zu erwarten, daß sie sich gemäß dem Beschluß des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen.
 Den unlangst (10. März d. J.) im Ruhrrevier gegründeten und der oft- und weithinbekanntesten Arbeiterbewegung bezeichnet man eine unter dem Einfluß der Grubenbesitzer stehende Gründung, die in der Ruhrgegend unter dem Namen „Reich“ steht. Die evangelischen Arbeitervereine seien nicht bezeugt mit Schärfe. Dem wurde vom Vorsitzenden widersprochen. Die Konferenz teilte mit, daß vom 1. April ab in Bochum eine vom Reichsleiter geleitete Wochenchrift für die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und für Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine unter dem Titel: „Arbeit“ erscheinen werde.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zug fernhalten: (Waldach, Stenarbeiterausperrung, Düsseldorf, Essen und Ruhrgebiet), Warendorf, Düsseldorf, Sperte über die Firma Alton, Leichlingen (Maurer), Essen, Ausperrung (Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer), Leichlingen (Maurer), Weiskamp, C. Ausperrung (Maurer, Zimmerer u. Bauhilfsarbeiter), Glendorf, C. Wachen (Stenarbeiter), (M. Dachdecker), Gimmertich (Maurer), M. Glabach (Ausperrung, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), St. Siggbert (Maurer).

Bezirk Brandenburg.
 Der Meienkamp im Berliner Baugewerbe ist nun weitaus mehr als je zuvor. Die Maurer, Zimmerer, sowie Bauarbeiter haben die von den Unternehmern gestellte Bedingungen für die Verkürzung der Arbeitszeit zurückgewiesen, abgelehnt. Sie haben sich hierbei von der Ansicht leiten, daß das Verhalten

der Unternehmer sowohl dem Geiste der Tarifverträge als auch der seither gegessenen Verhandlungen und geliebten Praxis zuwider sei. Und die geforderte Verkürzung sei für Berlin eine Notwendigkeit, woraus aber nicht zu folgern sei, daß sie nun für jetzt kritisch an den achtstündigen Arbeitszeit festgehalten haben würden. Den Arbeitern wurde empfohlen, sich in der jetzigen Zeit nicht von den Unternehmern provozieren zu lassen und nur den Beschlüssen der Verhandlung zu folgen. Kommt es zum Kampf, woran kaum noch zu zweifeln ist, werden circa 80-4000 Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen.
 Berlin. (Dachdecker.) Die Unternehmer haben die angebotene Ausperrung zur Tatfache gemacht und sind am Donnerstag, den 11. April, ungefähr 1000 Dachdecker entlassen worden. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

Bezirk Köln.

Leichlingen, 13. April. Nach dreiwöchigem, hartnäckigem Kampfe ist nunmehr durch einen Tarifabschluß der Forderung der hiesigen Baugewerke wiederhergestellt. Die hiesige Kollegenschaft hat die Forderung glänzend bestanden. Im August d. J. wurde die hiesige Zahlstelle gegründet, und nun dieses Bestehen im Kampfe, diese Opferbereitschaft, wie sie hier während des Streiks zutage getreten ist, kann selbst älteren Zahlstellen als Vorbild dienen. Jedoch die Opfer sind auch nicht umsonst gebracht worden. Während im vorigen Jahre noch für eine elfstündige Arbeitszeit ein Monatslohn von 4,50-5,00 Mk. gezahlt wurde, sieht der abgeschlossene Tarifvertrag eine zehnstündige Arbeitszeit und 54 Pf. Stundenlohn für Maurer und 44 Pf. für Hilfsarbeiter vor. Also eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und einen um 9-11 Pf. pro Stunde höheren Lohn. Das ist gewiß ein schöner Erfolg. Umso mehr freuen wir uns über die Errungnisse, als unsere Organisation hier allein in Frage kommt. Bei diesem Erfolg in unserem verhältnismäßig kleinen Leichlingen, wo bis heute noch patriarchalische Verhältnisse herrschten, hört es sich geradezu komisch an, wenn von den „freien“ Gewerkschaften immer gefaselt wird, die christlichen Gewerkschaften seien Unternehmerrückwärtsgerichtet usw., es wäre ihnen nicht um die Besserstellung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu tun, sondern ihr Bestreben ging dahin, die Arbeiter dumm zu halten, und sie auf ein besseres Jenseits zu verweisen. — Na, lassen wir den einzig patentierten Arbeitervertretern ihr Vergnügen. Unsere Forderung lautete auf 55 bzw. 45 Pf. Stundenlohn. Auch diese wären erreicht worden, wenn nicht im letzten Augenblick die Kollegen vor der Firma W. Kreher sich von dieser Überhöhung ließen, und ihre eigenen Wege gegangen wären. Für die hiesige Kollegenschaft darf es in Zukunft nichts anderes geben, als festhalten an dem Errungenen und diejenigen zu überzeugen suchen, die es jetzt nicht für nötig halten, mit uns gemeinsam an der Schulter zu kämpfen, daß nur ihr Platz im Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands ist, falls sie ihre Interessen auch in der Zukunft nicht mit Füßen treten wollen. Für uns muß in der Zukunft die Parole lauten: Treue um Treue. Alle Mann hinein in den Verband, damit auch im nächsten Jahre der Vertrag in einer für uns günstigen Weise verlängert werden kann; — DEUN NUR EINIGKEIT MACHT KRAFT.

Bezirk Jagen.

Olberghausen. Obgleich hier am Platze unsere Zahlstelle erst kurze Zeit besteht, ist es uns durch den gemeinsamen Zusammenschluß im Verbande schon gelungen, einen Tarifvertrag auf zwei Jahre mit sehr schönen Erfolgen abzuschließen. Die Verhandlung, zu der wir die Arbeitgeber eingeladen, fand am 4. April statt, an welcher der Bezirksleiter Kollege Hänschen ebenfalls teilnahm. Im wesentlichen wurde folgendes festgelegt: Die Arbeitszeit (bisher 11 Stunden) ist bis zum 1. April 1908 eine 10 1/2 stündige und tritt dann die 10 stündige ein. Im Lohn wurden bisher die verschiedensten Stufen bis zum Höchstlohn von 38 Pf. gezahlt. Es werden jetzt 29 Pf. und vom 1. April 08 ab 35 Pf. für Maurer gezahlt; die Bauhilfsarbeiter bekommen jetzt 25 und vom 1. April 08 ab 33 Pf. Stundenlohn. Die Kündigungfrist beträgt sechs Tage. Ueberstunden werden mit 100 Proz. Nacharbeit mit 50 Proz. und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Lohnzahlungen sind alle 14 Tage Freitag vor Feierabend. Bei Ueberstundenarbeiten werden bis 20 Proz. Zuschlag gezahlt. Ferner wird noch das Baubübenwesen, Wortfrage zc. durch den Vertrag geregelt. Wahrscheinlich, Kollegen, wir haben schöne Erfolge erzielt; aber jetzt gilt es auch, die getroffenen Vereinbarungen hochzuhalten. Dieses können wir jedoch nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation. Wird durch den Vertrag einerseits das Lohn- und Arbeitsverhältnis geregelt, so Vertrag einerseits das nicht, welches uns hier ganz besonders zutrifft kommt: das Baubübenwesen. Wie häufig trifft uns an, daß man an der Arbeitsstelle nicht einmal einen Mann hat, um die Notwendigkeiten zu verrichten zu können, geschweige noch eine Baubüde. Sorgen wir deshalb, daß der Tarif auch innegehalten wird durch weiteren Ausbau unserer Zahlstelle, suchen wir den letzten Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen; dann ist für uns die Garantie gegeben, das Errungene auch wirklich hochzuhalten. Darum auf zur Tat, damit wir auf dem eingeschlagenen Wege weitere Fortschritte erzielen.

Warendorf. Durch die Nachlässigkeit seitens des Vorstandes war hier die Zahlstelle dem Verfall nahe, so daß man kaum noch von derselben etwas wußte. In diesem Frühjahr ist nun wieder neues Leben hineingekommen, wodurch es möglich wurde, die im Herbst vorigen Jahres gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Am 5. April fanden hier Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines Vertrages führten. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden festgelegt. War es den Kollegen im vergangenen Jahre schon möglich, den Lohn von 32 Pf. auf 36 Pf. zu bringen, so ist es uns jetzt gelungen, den Lohn auf 39 Pf. und vom 1. August d. J. auf 40 Pf. festzusetzen. Weiter werden durch den Tarif noch das Ueberstundenwesen, Ueberstundenarbeiten, Kündigung, Lohnzahlung geregelt, ähnlich wie schon im Olberghausener Tarif angegeben. — Die Warendorfer Kollegen haben eingesehen, daß es nur dann möglich ist, etwas zu erreichen, wenn die Kollegen geschlossen dastehen. Erst dann halten es die Arbeitgeber für notwendig, Antwort zu schreiben. Kollegen, lernen wir aus dem Borgefallenen, besuchen wir eifrig die Versammlung, agitieren wir, bis der letzte Kollege im Verbande ist, dann wird es uns auch möglich sein, hier im Sauerlande gesunde Zustände in unserem Berufe zu erlangen.

Rehmet. Durch die weitere Ausdehnung des Hülsemer Werkes haben wir eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen. Da nun verschiedene Firmen von auswärts hier beschäftigt sind, welche einen Stundenlohn von 53 Pf. und mehr zahlen, war auch manchem Kollegen von Rehmet die Ueberzeugung gekommen, daß nur durch den Zusammenschluß im Verbande die Erreichung eines gleichen Lohnes möglich sei. Rehmet gehörte allerdings dem allgemeinen Tarif für das Industriegebiet an, aber einseitig waren die Arbeitgeber nicht organisiert, und dann geschied zur Durchführung eines Vertrages auch eine geschlossene Arbeiterbewegung, an der es bislang auch noch haperte. Jetzt haben sich die Kollegen allerdings besser organisiert und den Arbeitgebern, da dieselben bisher dem Arbeitgeberverband nicht angehört, einen Arbeitsvertrag unterbreitet. Doch jetzt mußten die Arbeitgeber auf einmal, daß auch in Rehmet ein Tarif bestünde, an dessen Einhaltung man bislang wenig gedacht hatte, und zur Vorsicht schloß man sich dem Arbeitgeberverband an. Aber trotzdem werden wir darauf bestehen, geordnete Verhältnisse hier zu bekommen. Wir haben wir auf den Seiten geradezu horrenden, schauen wir auf die Nichtachtung der Unfallversicherungsverpflichtung, auf die Bauübungen und Worte, die manchmal den

Arbeiter und gesundheitlichen Verhältnissen Hohn sprechen. Hier bemerke zu schaffen, muß unsere erste Aufgabe sein. Nicht durch die schönen Worte eines gewissen Arbeitgebers, welcher seine Leute durch gewisse Liebesgaben ködert, dürfen wir uns beeinflussen lassen, wir wollen vielmehr ein gerechtes Lohn- und Arbeitsverhältnis geschaffen haben, und vor allem Schutz für Leben und Gesundheit.

Bezirk Nordbayern-Bayernberg.

Cham (Oberpfalz). Nachdem die Unterhandlung mit den Arbeitgebern bezüglich unserer gestellten Forderung am 23. März zu keiner Einigung führte, legten am 4. April 98 Kollegen der zwei Arbeitgebern die Arbeit nieder. Am 7. April fand unter dem Voritze des Herrn Gewerberat Schubert von Regensburg eine Unterhandlung statt, bei welcher ein Vertrag mit teilweise Erfolg erreicht wurde. An Stelle des Tagelohns bei elfstündiger Arbeitszeit wurde ein Mindeststundenlohn von 23 Pf., ab 1. Juli 1909 24 Pf. pro Stunde erreicht. Der frühere Tagelohn betrug bei elf Stunden 1,30 bis 2,20 Mk., teilweise erhalten jetzt die Arbeiter einen Mehrverdienst von 40-50 Proz. Der Vertrag dauert bis 1. Juli 1910. Kollegen, an euch ist es nun, den Vertrag, der abgeschlossen wurde, zur vollen Geltung zu bringen. Stärkt die Organisation, denn nur durch dieselbe besitzen wir eine Macht, um das Errungene hochzuhalten.

Bezirk Ostpreußen.

Allenstein. Da der alte Tarifvertrag, der nur auf ein Jahr abgeschlossen war, am 1. April 1907 abließ, wurde den hiesigen Arbeitgebern ein neuer Lohnvertrag am 15. Dezember v. J. unterbreitet. In demselben wurde für dieses Jahr eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. für Maurer und 8 Pf. für die Zimmerer gefordert; ebenso für die Bauhilfsarbeiter 5 Pf., sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 für 1907 und 1908 auf 10 Stunden. Nachdem eine gemeinschaftliche Lohnkommission mit den Arbeitgebern im Februar stattgefunden hatte, welche aber ziemlich resultatlos verlief, fand am 15. März eine erneute Sitzung statt, in welcher dann auch eine Einigung erzielt wurde, nachdem man sich sieben Stunden unhergeleiteten hatte. Es wurden folgende Löhne vereinbart: die Maurer erhalten 1907 48 Pf. und 1908 51 Pf. pro Stunde, die Zimmerer 1907 46 Pf. und 1908 49 Pf.; die Bauhilfsarbeiter 32 Pf. pro Stunde. Außerdem wird die Arbeitszeit in diesem Jahre um eine halbe Stunde und nächstes Jahr um eine Stunde verkürzt. Die hiesigen Maurer Kollegen demnach innerhalb drei Jahre eine Lohnaufbesserung von 11 Pf., die Zimmerer von 13 Pf. und die Bauhilfsarbeiter von 8-10 Pf. Daß die letzteren nicht so gut abgeschnitten haben wie die Maurer und Zimmerer, liegt an der Interesslosigkeit der Kollegen, welche der Organisation, nachdem im vorigen Jahre für sie etwas errungen war, wieder den Rücken kehrten. Hoffentlich ist dieses eine ernste Mahnung für dieselben. Am Donnerstag, den 4. April, fand nun eine Versammlung unsererseits statt, in welcher der Tarif einstimmig angenommen wurde. Ein Kollege glaubte nach dem Referat des Kollegen Schönkeas demselben vorhalten zu sollen, er habe die Kollegen verkauft; daß ihn hierin die anderen sämtlichen Kollegen nicht unterstützen, zeigte sich durch die übrigen Diskussions-rebner, welche dem Kollegen Schönkeas allgemein dankten, auf friedlichem Wege einen so schön Arbeitvertrag zustande gebracht zu haben. Die Allensteiner liberale Zeitung greift nun gerade den Ausdruck des vorher angeführten Kollegen heraus, um somit auch etwas von unserer Versammlung zu bringen. Der Königsberger sozialdemokratischen „Volk-Zeitung“ ist dieses natürlich Wasser auf die Mühle, und sie bezieht sich, ihren Lesern mitzuteilen, Herr Schönkeas hat die Allensteiner Kollegen verkauft und verraten usw., und nun wird dieser Herr auch in der Provinz bald abgewirtschaftet haben. Den Vertrag aber, der ebenfalls noch am 15. März in der „Allensteiner Zeitung“ gegeben war, selbst zu bringen, hält die sozialdemokratische „Volk-Zeitung“ nicht für nötig. Das eine können wir der „Volk-Zeitung“ sagen, daß unser Verband in der Provinz immer mehr Anhang findet, weil er in vernünftiger Weise Arbeiterinteressen vertritt.

Heilsberg. Nachdem hier im vorigen Herbst eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet worden ist, wurden im Laufe des Winters Forderungen an die Arbeitgeber eingereicht, und zwar um in erster Linie die 12stündige Arbeitszeit zu besetzen und einen einheitlichen Stundenlohn festzusetzen. Nachdem sich auch die Arbeitgeber organisiert haben, fanden Verhandlungen statt, und wurde folgender Arbeitsvertrag vereinbart: Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer beträgt für dieses Jahr 38 Pf. (gegen 28-35 Pf. im Vorjahre), ferner die 11stündige Arbeitszeit. Die Bauhilfsarbeiter, welche sich dem Verbande noch nicht angeschlossen haben, wurden ebenfalls im Vertrag aufgenommen, und erhalten dieselben 25 Pf. pro Stunde (gegen 17-20 Pf. im Vorjahre). Auch hier ist etwas geschaffen worden, was den Kollegen große Vorteile bringt. Mögen dieselben auch für die innere Stärkung der Organisation sorgen.

Reichenburg und Soldau. Auch hier wurden, nachdem sich die Kollegen im Laufe des vorigen Herbst unserm Verband angeschlossen haben, Lohnforderungen eingereicht. Die Arbeitgeber, welche nicht organisiert sind, antworteten in ihrem ersten Schreiben, daß sie gewillt sind, die 11stündige Arbeitszeit (bisher 12 Stunden) zu bewilligen, sowie einen Stundenlohn von 35 bis 40 Pf. je nach Leistung. Ein erneutes Schreiben von unserer Organisation an die einzelnen Arbeitgeber, mit unserm Bezirksleiter in Verhandlung zu treten, wurde durch ein gemeinschaftliches Schreiben der Arbeitgeber an unsere Organisation abschlägig beschieden, indem die Herren mitteilten, mit irgend einer Organisation zu verhandeln, lehnten sie grundsätzlich ab. Eine öffentliche Versammlung unsererseits nahm Stellung hierzu. Es wurde beschlossen, das Angebot der Arbeitgeber dieses Jahr anzunehmen und unsere Organisation so auszubauen, daß wir im nächsten Jahre den Herrn Arbeitgebern eine andere Antwort geben können.

Königsberg. Hier wurde der Vertrag ebenfalls erneuert für die Bauhilfsarbeiter. Die gewöhnlichen Bauhilfsarbeiter erhalten demnach für 1907 37 Pf. und 1908 38 Pf. pro Stunde, für Rauf- und Biegelträger für 1907 43 Pf. und 1908 45 Pf. pro Stunde. Somit sind in Ostpreußen überall Verträge außer Reichenburg und Soldau. In Braunsberg und Memel sind schon im vorigen Herbst resp. Winter günstige Verträge für die Kollegen abgeschlossen. Mögen nun alle Kollegen dafür sorgen, daß unser Verband sich immer mehr ausbreitet in der Provinz, zum Wohle der gesamten Bauarbeiterchaft.

Bezirk Danzig.

Strickland, den 9. April. Gestern wurde der Zustand der hiesigen Maurer- und Zimmerer noch achtstündiger Dauer durch Vertragsabschluss beendet. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. April 1908. Erreicht wurde eine Lohn-erhöhung von 40 auf 45 Pf. für Maurer und von 38 auf 43 Pf. für Zimmerer pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Nachstunden mit 25 Pf. pro Stunde und Sonn- und Festtagsarbeit mit 100 Proz. Lohnzuschlag vergütet. Für Landarbeit werden 40 Pf. pro Tag Zuschlag gemacht. Leider konnte die geforderte zehnstündige Arbeitszeit nicht erreicht werden. Die größeren Unternehmer lehnten jede Reduktion der Arbeitszeit ab und zwar mit der Begründung, es bedeute eine Betriebsstörung, wenn die Maurer und Zimmerer 10 bzw. 10 1/2 Stunden arbeiten wollten, denn ihre Maschinen und Sägemühlenarbeiter hielten an der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit fest. Diese Begründung kann von wirtschaftlichen und weissen Gesichtspunkten aus als stichhaltig nicht anerkannt werden, denn im Interesse des Arbeitgebers und der Allgemeinheit liegt es, daß

